

Kleine Anfrage

des Abg. Emil Sänze AfD

Finanzierung von Maßnahmen des DJV, des VSZV, deren Unterorganisation JAB BW und gegebenenfalls weiterer Medienverbände

Ich frage die Landesregierung:

1. Vor dem Hintergrund der auf der Homepage der „Journalistische Aus- und Berufsbildung Baden-Württemberg e.V. (JAB BW)“, deren Postadresse mit der des Verbandes Südwestdeutscher Zeitungsverleger (VSZV) identisch ist, beworbenen und vom Staatsministerium unterstützten Seminarreihe „Fakten statt Fakes“ – welche finanziellen oder geldwerten Zuwendungen aus dem Staatshaushaltsplan haben seit dem 1. Januar 2015 bis heute folgende (aktuell in Form der JAB e. V. kooperierenden) Organisationen der Medienbranche erhalten: a) Deutscher Journalisten-Verband respektive dessen baden-württembergische Sektion oder/und Untergremien/Tochtereinrichtungen respektive „Projekte“ derselben, b) Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger oder/und dessen einzelne, auf der VSZV-Homepage aufgeführte Mitglieds-Zeitungen oder Online-Angebote sowie im VSZV-Jahresbericht 2024 aufgeführte Unterorganisationen/Untergremien oder „Projekte“ des VSZV, c) JAB BW sowie deren Untergremien oder „Projekte“ (mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: Kalenderjahr; geförderte Einrichtung/Verband; gegebenenfalls gefördertes Print- oder Onlinemedium [unter besonderer Berücksichtigung der Landkreise Rottweil, Enzkreis, Stadtkeis Pforzheim]; Finanzierung/Fördersumme; Titel des Staatshaushaltsplans [STHP]; Benennung und Zweck der geförderten Maßnahme [beispielsweise Schulungen, Veranstaltungen, Publikationen]; Art der für die Förderung einer Maßnahme vorgegebenen „Erfolgskriterien“; korrekte Rechnungslegung der zur Förderung geforderten Verwendungsnachweise)?
2. Welche formellen Kontakte oder gemeinsamen Maßnahmen (beispielsweise Veranstaltungen/Auftritte/Symposien/Veröffentlichungen) haben seit dem 1. Januar 2015 bis heute zwischen ihr (der Landesregierung respektive Landesbehörden) und den unter Frage 1 genannten Vereinigungen/Verbänden mit jeweils welcher Zielsetzung stattgefunden (mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: Datum; beteiligte Regierungsstelle/Behörde; Zielsetzung der Zusammenarbeit; Ergebnisse, gegebenenfalls Kosten sowie relevanter Titel des STHP)?
3. Analog zu Frage 1 und Frage 2 – wurden (oder wurden nicht) im selben Zeitraum von ihr respektive wurden von Landesbehörden Vereine/Verbände/Einrichtungen der Medienbranche (beispielsweise die Neuen Deutschen Medienmacher und dergleichen) oder im Medienbereich tätige Stiftungen finanziell unterstützt oder gemeinsame Maßnahmen durchgeführt, die nicht durch die in Frage 1 und Frage 2 genannten „berufsständischen“ Einrichtungen vertreten werden?
4. Bezugnehmend auf Frage 1 bis Frage 3 – wurden (oder wurden nicht) bei den erfragten Maßnahmen oder Fördervorgängen seit dem 1. Januar 2015 bis heute in formaler oder in informeller Weise „Wunschvorstellungen“ der jeweiligen Maßnahmenpartner (einerseits Landesbehörden, andererseits Interessenverbände; beispielsweise Wünsche nach bestimmten gesetzlichen Regelungen oder Wünsche an die inhaltliche Berichterstattung oder „Frequenz“ zu bestimmten Themen) an die jeweils andere Seite artikuliert oder in einem solchen Kontext Absprachen/Zusagen im Gegenzug für „erwünschte Verhaltensweisen“ getroffen (bejahendenfalls: gegebenenfalls welchen Inhalts von welcher Seite;

gegebenenfalls mit welchen Bedingungen oder möglicherweise Absprachen/Zusagen mit „Versprechens-Charakter“)?

5. Analog zu Frage 1 bis Frage 4 – wurden (oder wurden nicht), über den Deutschen Journalistenverband Baden-Württemberg (DJV BW) hinaus (der laut seiner Homepage mit ungefähr 2 000 Mitgliedern „als Gewerkschaft und Berufsverband die hauptberuflich tätigen Journalist:innen in Baden-Württemberg vertritt“ und zusammen mit dem VSZV Träger der JAB BW ist), seit dem 1. Januar 2015 bis heute aus dem STHP auch „demokratiefördernde Bildungsmaßnahmen“ anderer Träger/Verbände aus dem Staatshaushaltsplan gefördert (beispielsweise Gewerkschaften, Berufsverbände, Kirchen, Wohlfahrtsträger/Sozialverbände; insbesondere zum Themenkomplex „Falschnachrichten/Fake News/Desinformation/Faktencheck/Hate Speech/Offene Gesellschaft/Demokratiefeindlichkeit/politischer Extremismus; bejahendenfalls – welche Maßnahmen mit welchen Beträgen aus welchen Titeln des STHP)?
6. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Erste Landesvorsitzende des DJV BW und (2020) Redakteur für Landespolitik beim SWR, Markus Pfalzgraf, (2024) dem Vorstand der vom Staatsministerium geförderten JAB BW angehört und in Ausgabe 676 der „KONTEXT:Wochenzeitung“ zusammen mit Staatssekretär Rudi Hoogvliet für „Qualitätsjournalismus auf lokaler und regionaler Ebene“ warb, sowie Pfalzgraf Klagen gegen die Berichterstattung der „KONTEXT:Wochenzeitung“ in deren Ausgabe 613 grundsätzlich als systematische Angriffe gegen den freien Journalismus darstellt, ferner angesichts der Forderung des DJV-Bundesvorsitzenden Mika Buster nach journalistischer Ungleichbehandlung (am 2. Mai 2025 auf der DJV-Homepage) – wie stellt sie im Rahmen des gültigen Medienstaatsvertrages und seiner Aufsichtsinstrumente künftig sicher, dass in baden-württembergischen öffentlich-rechtlichen (ÖRR) Medienformaten über alle in demokratischer Wahl in den Landtag, den Bundestag sowie in Kommunalvertretungen gewählten politischen Parteien in einer dem ÖRR-Auftrag nach § 26 des Medienstaatsvertrages entsprechenden und Interessen der staatlichen Stellen fernen Weise („Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung“) berichtet wird (bitte konkrete Maßnahmen nennen)?

8.12.2025

Sänze AfD

Begründung

Auf der Homepage jab-bw.de (JAB e. V., eine Einrichtung des VSZV und des DJV BW) heißt es am 26. November 2025: „(...) bieten wir eine kostenfreie Seminarreihe zum journalistischen Umgang mit antidemokratischen Entwicklungen an. Insbesondere im Vorfeld der (...) Landtagwahl 2026 möchten wir (...) Kollegen (...) unterstützen. Die Seminare richten sich (...) an Volontäre (...) an Redakteure und freie Journalisten. Die JAB-Seminarreihe wurde ermöglicht durch die freundliche Unterstützung des Staatsministeriums Baden-Württemberg. (...) 17. + 18.12.2025. Über die extreme Rechte berichten. Journalistischer Umgang mit demokratiefeindlichen Akteuren (...).“ Der DJV BW lädt per E-Mail Mitglieder ein: „(...) Speziell möchten wir Sie/Euch (...) herzlich zum ersten kostenlosen Seminar zum Thema "Über Rechte berichten" einladen (...) in der DJV-Geschäftsstelle, Herdweg 63, 70174 Stuttgart. Akteure der extremen Rechten nutzen Medienmechanismen sehr geschickt für ihre Zwecke: Sie provozieren (...) und brechen Tabus. So schaffen sie (...) Aufmerksamkeit. Aber auch wenn sie nicht (...) vorkommen, nutzen sie das, (...) sich zu Opfern (zu) stilisieren. (...) Am ersten Tag tauschen sich die Teilnehmer*innen über ihre Erfahrungen aus, analysieren Beispiele der Berichterstattung und Interviewführung und entwickeln Standards für den medialen Umgang mit der extremen Rechten. Am zweiten Tag folgen (...) Interviewübung und ein Fachgespräch zu einem Dauerthema der extremen Rechten: Migration und Kriminalität. Seminarziel. Die Teilnehmer*innen können kenntnisreich und reflektiert über die Gefahren von Rechts berichten und den Akteur*innen der extremen Rechten souverän und professionell begegnen. (...).“ Referentin ist Frau S., (Zitat DJV BW:) „Mit-

begründerin der „Zeitung zum Sonntag“ (...). Des Weiteren leitet sie Interview- und Argumentationstrainings gegen rechte Parolen (...).“ Im JAB-Beirat sitzt (2024) der geschäftsführende Verleger S. der Pforzheimer Zeitung. Am 2. Mai 2025 forderte der DJV-Bundesvorsitzende Mika Buster (Zitat DJV-Homepage:) „[...] Selbstverständlich müssen wir auch weiter über die AfD berichten. Doch sie ist keine normale Partei aus dem demokratischen Spektrum, daher erfordert sie einen angepassten Umgang in der Berichterstattung. Wir Journalisten müssen die völkischen, rassistischen und rechtsextremen Absichten dieser Partei deutlicher hervorheben.“ Beiträge der AfD dürfen in politischen Debatten nicht unkommentiert neben jene von demokratischen Parteien gestellt werden, betont der DJV-Vorsitzende. „Die AfD liefert einfache Antworten auf komplexe Probleme [...]. Die Nebenwirkung ist aber eine schleichende Vergiftung des demokratischen Diskurses. Das sollte bei jeder Berichterstattung über die AfD herausgearbeitet werden.“ Es interessieren Förderpraxis und Ziele der Landesregierung.